

Pressemitteilung

Weißbuch Schmerzmedizin erschienen

Schmerzpatienten warten acht Jahre auf Behandlung

Berlin, 14. Juni 2012. Der Berufsverband der Ärzte und Psychologischen Psychotherapeuten in der Schmerz- und Palliativmedizin in Deutschland e.V. (BVSD) hat die Ergebnisse seiner Ärzte-Umfrage zur Versorgungssituation von Patienten mit chronischen Schmerzen vorgestellt. Die Studiendaten, die jetzt im „Weißbuch Schmerzmedizin“ veröffentlicht wurden, zeigten einen hohen Grad an schmerztherapeutischer Unter- und Fehlversorgung in Deutschland, sagte Prof. Dr. Dr. Joachim Nadstawek, BVSD-Vorsitzender.

Zwischen den ersten Symptomen einer chronischen Schmerzerkrankung und dem Beginn von qualifizierten schmerztherapeutischen Maßnahmen liegen in Sachsen-Anhalt bis zu acht Jahre, gefolgt von Bremen (6,5 Jahre), Berlin (5 Jahre) und Saarland (4,8 Jahre). Schmerzpatienten in Mecklenburg-Vorpommern haben die „besten Chancen“ mit einer Verzögerung von 2,2 Jahren eine geeignete schmerztherapeutische Behandlung zu erhalten. Auf dem zweiten Platz liegt Brandenburg (3 Jahre), gefolgt von Niedersachsen (3,1 Jahre). „Wir sprechen hier von Menschen mit jahrelangen chronischen Schmerzen, die in Deutschland nicht ausreichend versorgt werden“, so Nadstawek. Grund hierfür sei u.a. ein seit langem bestehender Mangel an speziell ausgebildeten Schmerztherapeuten. Bundesweit nehmen 1027 Ärzte an der ambulanten schmerztherapeutischen Versorgung teil. Drei bis fünf Millionen Patienten in Deutschland leiden an chronischen Schmerzen. „Die Last tragen die Patienten. Rund zwei Millionen Schmerzpatienten irren durch unser Gesundheitssystem und erhalten erst nach langen Anläufen die Behandlung, die sie benötigen“, erklärte der BVSD-Vorsitzende. Erst Mitte Mai 2012 gab der Bundesrat grünes Licht für die Änderung der Approbationsordnung, nach der die Schmerzmedizin verbindliches Prüfungsfach für alle angehenden Ärzte wird.

Die Unterversorgung von Schmerzpatienten wird verschärft durch eine regional willkürliche Vergütung von schmerztherapeutischen Leistungen und eine bereits absehbare Nachwuchsproblematik. 25 Prozent der befragten Schmerztherapeuten gaben an, dass ihr Honorar seit 2008 gesunken sei, teilweise um 30 Prozent. Nur 17 Prozent konnten in 2010 eine Honorarsteigerung verzeichnen. Nadstawek: „Die Selbstverwaltung von Krankenkassen und Kassenärztlichen Vereinigungen müssen endlich zur Kenntnis nehmen, dass sie die politische Verantwortung dafür tragen, dass sich die Situation für Patienten und Ärzte weiter verschlechtert. Viele Ärzte sehen sich wirtschaftlich nicht mehr in der Lage, schmerztherapeutisch tätig zu sein.“

Nur 52,6 Prozent der Befragten hatten in den letzten drei Jahren keine Regressandrohung wegen Überschreitung der Arzneimittelbudgets. In Regressfällen ging es am häufigsten um starke Opioide (9,6%). Überdurchschnittlich häufig (>30% der Nennungen) wurden Regressandrohungen für Baden-Württemberg, Hamburg, Rheinland-Pfalz, Niedersachsen und Schleswig-Holstein genannt.

Das „Weißbuch Schmerzmedizin“ steht als Download unter www.bv-schmerz.de zur Verfügung.

Der über seine Landesverbände bundesweit organisierte BVSD vertritt die berufspolitischen Interessen aller schmerztherapeutisch und in der Palliativmedizin tätigen Ärzte und Psychologischen Psychotherapeuten und setzt sich für die weitere qualitative und strukturelle Entwicklung der Allgemeinen und Speziellen Schmerztherapie und der Palliativmedizin ein.

Pressekontakt: Wolfgang Straßmeir, Tel. 030 / 2 88 67 260, ws@bv-schmerz.de

Meininger Str. 8
10823 Berlin
Tel. 030 / 2 88 67 260
Fax 030 / 2 88 67 261
bgst@bv-schmerz.de
www.bv-schmerz.de